

Kiel, den 18.06.2020

Es gilt das gesprochene Wort

Lars Harms

TOP 22

Aufarbeitung der Europäischen und Deutschen Kolonialgeschichte in Schleswig-Holstein

Drs. 19/2005

„Ich habe zuletzt in so vielen Interviews die Frage gelesen „Gibt es Rassismus in Deutschland“?

Und das hat mich doch etwas gewundert. Die Antwort kann doch nur sein: Ja, auch wir sind nicht frei davon. Es gibt bei uns rassistische Diskriminierungen mit historisch tradierten Denkmustern.

Die Frage muss daher vor allem sein: Wie gehen wir dagegen vor?“

Wir haben unsere Anfrage gestellt, lange bevor es zu den derzeit stattfindenden Protesten gegen Rassismus erst in Amerika, dann bei uns in Schleswig-Holstein kam. Aber natürlich lässt sich beides nicht voneinander trennen. Es ist sogar so stark, wie es nur geht, miteinander verwoben.

Ich habe zuletzt in so vielen Interviews die Frage gelesen „Gibt es Rassismus in Deutschland“?

Und das hat mich doch etwas gewundert. Die Antwort kann doch nur sein: „Ja, auch wir sind nicht frei davon.“ Es gibt bei uns rassistische Diskriminierungen mit historisch tradierten Denkmustern.

Die Frage muss daher vor allem sein: „Wie gehen wir dagegen vor?“

Rassismus muss aufgearbeitet werden und dazu gehört für mich an erster Stelle, dass wir uns mit historischen Zusammenhängen und unserer eigenen Geschichte mit ihren kolonialistischen Bestrebungen auseinandersetzen. Denn es geht hier ja nicht nur um eine koloniale Vergangenheit, sondern um Kontinuitäten im Denken; sei es, wenn es um Rassismus geht; sei es, wenn es um weltweite Ausbeutung geht.

Wenn ich die ganze Breite an Deutscher Kolonialgeschichte auf einen Satz herunterkürzen müsste, würde ich sagen: Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs verlor das Deutsche Kaiserreich seine Kolonien, nachdem es massiv von ihnen profitiert hat und die Kolonien und ihre Menschen wurden wie Besitz an die anderen europäischen Länder weiter verteilt.

Schleswig-Holstein war seit 1871 als preußische Provinz Teil des deutschen Kaiserreichs und damit personell, politisch und ideell in das Kolonialgeschehen eingebunden. Insbesondere unsere heutige Landeshauptstadt mit dem damaligen Reichskriegshafen oder auch Flensburg als Handelsstadt haben da eine herausragende Geschichte.

Aber auch die deutsch-dänische Geschichte lässt sich hieran ablesen, denn bis 1864 war Schleswig-Holstein Teil der dänischen Monarchie und hat auch von den dänischen Kolonien profitiert. Der Kolonialismus ist Teil unserer Regionalgeschichte.

Bei Profiteuren aus Schleswig-Holstein fällt mir natürlich immer als erstes Sönke Nissen ein. Ein gutes Beispiel dafür, wie es durch Forschung zu Neubewertungen historischer Personen kommt. Eisenbahnbau in den deutschen Kolonien, zufälliger Diamantenfund, der Koog mit seinen grünen Dächern, in dem die Gebäude nach Bahnstationen in Namibia benannt sind. Das sind wohl die Bilder, die einem als erstes in den Kopf kommen. Aber wir wissen jetzt eben auch, dass Nissens Reichtum auch auf der Ausbeutung schwarzer Zwangsarbeiter beruht, die an Unterernährung, Entkräftung und Krankheiten gestorben sind.

Wenn wir nachhaltig etwas gegen Rassismus tun möchten, sollten wir ihn als historisch gewachsene Ideologie verstehen. Und das heißt auch, dass wir über Machtverhältnisse und historische Verantwortung sprechen. Wir müssen an unsere gesellschaftlichen Strukturen und unsere Institutionen ran. Und da gibt unsere Große Anfrage doch auch Antworten, die bemerkenswert sind.

Wir haben daher nach den Lehrplänen des Landes gefragt. Fragestellungen zum Kolonialismus sind in Geschichte in der Sekundarstufe I und II und in der Einführungsphase in der Oberstufe

vorgesehen. Des Weiteren wird angegeben, das Halbjahresthema „Menschenrechte“ in der Sekundarstufe II böte die Möglichkeit, Aspekte des Kolonialismus zu behandeln. Hier lässt sich vielleicht wirklich noch einmal genau hinschauen, ob das denn reicht.

Gefreut hingegen hat mich, dass in der Gemeinschaftsschule im Fach Weltkunde in den Jahrgangsstufen 5/6 und 7/8 die Themen Migration und ihre Ursachen und die Ausbeutung der Kolonien durch den Europäischen Imperialismus im Unterricht stattfinden.

Auch bei der Provenienzforschung lässt sich feststellen, dass sich unsere Museen ihrer Verantwortung bewusst sind. Und das sogar grenzüberschreitend. Ich finde, es ist ein gutes Zeichen, dass das Nissenhaus gemeinsam mit Aabenraa Museum daran arbeitet, koloniale Quellen in unseren Museen zu erforschen. Und wenn man sich das Projekt „Zwischen Kolonialismus und Weltoffenheit“ anschaut, dann sieht man, dass sich insgesamt 19 Museen einem Projekt widmen, das bundesweit einmalig ist und, so steht es ganz richtig im Bericht, Vorzeigecharakter hat. Es ist den Museen selbst ein Anliegen, herauszufinden, ob die Exponate unrechtmäßig erworben wurden oder ob es sich um Raubgut handelt und sie zurückgegeben werden müssen. Daher war es besonders erfreulich zu lesen, dass beispielsweise die Völkerkundesammlung der Lübecker Museen in gutem Austausch mit vielen Herkunftsländern der Objekte steht. Die Museen selbst wünschen sich mehr Forschung – dafür brauchen sie weitere Mittel. Insbesondere den Museen in kommunaler Trägerschaft, so steht es auf Seite 18, wird es ohne weitere finanzielle Hilfe durch Dritte nicht gelingen, notwendige Provenienzforschung zu betreiben.

Gerade diese Arbeit empfinden wir beim SSW als besonders wichtig. Denn gesammelte, getauschte, erworbene oder eben auch geraubte Stücke haben das kulturelle Bild ihrer Herkunftsländer bei uns stark geprägt.

Lückenhaft bleibt unsere Anfrage bei dem Thema Benennungen von Straßen oder Einrichtungen nach Personen mit kolonialer Vergangenheit. Das ist wirklich schade, aber nun wissen wir eben, dass es hier noch einiges zu tun gibt. Ehrenamtliche Initiativen wie die postkolonialen Stadtpaziergänge in Kiel und Flensburg sind da teilweise schon gut davor, hier lassen sich sicher Kontakte herstellen. Der ganze Komplex um Benennungen und Denkmäler ist ohnehin einer, dem man sich in Ruhe widmen muss. Meiner Meinung nach muss nicht jede Straße umbenannt werden. Ich finde, dass manchmal sogar besser mit Hinweistafeln gearbeitet werden kann. Aber

wenn ich zum Beispiel an das Denkmal in Aumühle denke, das Paul von Lettow-Vorbeck ehrt, der unter Lothar von Trotha am Völkermord an den Herero und Nama teilgenommen hat und Truppen in Deutsch-Ostafrika befehligte, dann gruselt es mich wirklich.

Schließlich ging es uns noch um partnerschaftliche Beziehungen, die das Land Schleswig-Holstein mit ehemaligen „deutschen Kolonien“ unterhält.

Und da lässt sich eben nur festhalten: Es gibt eigentlich keine.

Dabei hat unser Ministerpräsident in seiner damaligen Funktion als Präsident des Bundesrates 2019 die Republik Namibia besucht – vielleicht ist das ein guter Punkt, an dem sich ansetzen lässt. Gerade zu Namibia, früher „Deutsch-Südwestafrika“, wo deutsche Kolonialtruppen den Genozid an den Herero und Nama begangen, sollte es uns doch ein besonderes Bedürfnis sein, Beziehungen zu vertiefen. Das können Städte- und Ortspartnerschaften, Partnerschaften zwischen Vereinen und Organisationen, Wirtschaftsbeziehungen, Kulturzusammenarbeitsformen oder auch sportlicher Austausch sein. Das Land muss sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für gute Beziehungen zu den damaligen Kolonien einsetzen.

Wir haben auch danach gefragt, ob die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Europas als Teil von schleswig-holsteinischer Erinnerungskultur im Rahmen des Aktionsplans gegen Rassismus eine Rolle spielen soll. Die Antwort ist leider eher ausweichend ausgefallen. Der Aktionsplan befinde sich noch in der Ausarbeitung und falls das Thema als relevantes Thema identifiziert und von einer Akteurin in den laufenden Prozess eingebracht werde, könne die interministerielle Arbeitsgruppe darüber beraten.

Meine Damen und Herren, es ist doch völlig klar: Selbstverständlich ziehen sich koloniale Erzählungen bis heute in wirkende Rassismen. Und selbstverständlich wird die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte eine Rolle im Aktionsplan gegen Rassismus spielen müssen. Das hätten wir gerne gehört.

Ich möchte abschließend einmal besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bildungsministeriums unseren Dank aussprechen.

Uns ist klar, dass es nicht immer einfach war, an die von uns erfragten Informationen zu kommen. Aber ich finde, hier ist wirklich eine gute Grundlage zusammengekommen, mit der sich weiter arbeiten lässt. Denn, das ist uns allen bewusst, all die zusammengetragenen Informationen sind

nicht abschließend abgefragt und lassen sich schon gar nicht abschließend in diesen zehn Minuten besprechen.

Sie können aber dazu beitragen, ein stärkeres Bewusstsein zu schaffen für die Notwendigkeit dafür, dass wir intensiver und öffentlicher über diesen Teil unserer Geschichte sprechen. Um diese Bewusstseinsdebatte ging es uns von Anfang an.

Wir beantragen daher die Überweisung unserer Großen Anfrage in den Bildungsausschuss zur weiteren Befassung.